

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(früher Bundesrat)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Pensionsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 4720.

Nr. 72.

Berlin, Sonnabend, 7. September 1912.

Vierundbierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Zeuerung. — Die Bedeutung der Konsumvereine und ihre Bedeutung. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Vor der Tür

steht der Quartalswechsel. Da ist es Pflicht jedes überzeugten Gewerksvereiners, neue Abonnenten für das Verbandsorgan zu gewinnen zu suchen. Der ist ein schlechter Agitator, der nicht auch für die weitere Verbreitung des „Gewerksvereins“

orgt. Das kleine Opfer von 75 Pf. für das Quartal (einschließlich des Betrages für freie Zustellung 93 Pf.) wird jeder Gewerksvereinskollege gern auf sich nehmen, wenn ihm nur klar gemacht wird, wie wichtig für ihn das regelmäßige Lesen des Verbandsorgans ist.

Keine Sitzung darf in diesen Wochen abgehalten werden, in der nicht zum

Abonnement auf den „Gewerksverein“

aufgefordert wird. Jeder Verein muß es sich zur Ehre anrechnen, eine möglichst große Zahl von Abonnenten des Verbandsorgans zu zählen.

Wer hilft mit

bei der Arbeit? Wer sammelt die Namen der Abonnenten und besorgt die Namen zum Postamt? Vor die front!

Zeuerung.

Seit etwa 10 Jahren machen sich namentlich um diese Zeit Zeunerungsverhältnisse geltend, die weit über die Preise der ärmeren Bevölkerung hinaus unzufriedenheit und Erbitterung wachrufen. Ebenso lange aber verzeichnen unsere leitenden Staatsmänner, wenn von ihnen Abhilfemaßregeln gefordert werden, daß es sich nur um eine vorübergehende Erscheinung handle. Hin und wieder fügen sie dem noch hinzu, daß die Klagen über die Zeuerung von der Presse übertrieben würden, daß der „Fleischnotrummel“ künstlich injiziert werde, um Stimmung für diese oder jene politische Partei zu machen. Man vertröste das Volk auf die nächste gute Ernte, aber nachher ist alles viel früher oder gar noch schlimmer. Im vorigen Jahre führte man die hohen Preise für Lebensmittel auf die Dürre zurück. Aber in diesem Jahre ist alles noch teurer geworden, obgleich die Ernte geradezu glänzend ausgefallen ist. Weder Milch noch Butter stehen niedriger im Preise; das Fleisch aber ist so teuer geworden, daß arme Leute es tatsächlich kaum noch genießen können.

Deshalb sind auch die Klagen über die Zeuerung noch nie so laut gewesen wie in diesem Jahre. In tausenden von Versammlungen ist Protest erhoben und die Reichsregierung um Abhilfemaßnahmen aufgefordert worden. Zahlreiche Stadtverwaltungen haben in Eingaben praktische Vorrichtungen gemacht; kaufmännische Korporationen und auch Fleischerinnungen sind ihnen gefolgt. Selbst aus den Reihen der christlichen Gewerkschaften, in denen doch auf die Haltung des Zentrums gewiß die größte Rücksicht genommen wird, kommen Klagen, und in Bonn hat sich das christliche Gewerkschafts-

partell an das Oberbürgermeisteramt mit der Bitte um Maßnahmen gegen die Fleischteuerung gewandt. Der Verbrauch von Pferdefleisch, das nebenbei gejagt durch die stärkere Nachfrage ebenfalls teurer geworden ist, wächst zusehends, und die amtliche Statistik redet vollends eine deutliche Sprache. Das Kilogramm Rindfleisch stieg im Kleinhandel von 185,1 Pf. in der zweiten Hälfte des Juli auf 189 Pfennig in der ersten Hälfte des August, also um fast 4 Pf.; es stieg jetzt um 19,5 Pf. über den Preis des Juli 1911 und um 33,1 Pf. über den des Juli 1909. Kalbfleisch hatte in der ersten Hälfte des August einen Preis von 198,7 Pf. gegen 196,4 Pf. in der zweiten Hälfte des Juli. Gegen den August vorigen Jahres liegt sein Preis jetzt um 13,4 Pf. gegen den August 1910 um 14,8 Pfennig und gegen den August 1909 sogar um 25,1 Pfennig höher. Hammelfleisch stellte sich im August auf 195,9 Pf., gegen 191,4 Pf. im Juli d. Js., 183,5 Pf. im vorigen August, 174,3 Pf. im August 1910 und 169,6 Pf. im August 1909. Das Schweinefleisch endlich stieg sogar gegen die zweite Hälfte des Juli um 7,9 Pf. Es ist jetzt um 27,5 Pf. teurer als im August 1911. In den letzten drei Jahren ist der Preis für Rindfleisch, Kalbfleisch und Hammelfleisch um über 20 Proz. gestiegen. Schweinefleisch dagegen im letzten Jahre allein ist um fast 19 Proz. teurer geworden.

Es herrscht also tatsächlich eine Fleischteuerung, wie wir sie noch nicht erlebt haben. Sie ist darauf zurückzuführen, daß zu wenig Vieh auf den Markt kommt, weil die heutige deutsche Landwirtschaft nicht imstande ist, das stetig steigende Fleischbedürfnis zu befriedigen und weil den Agrariern zuliebe die Einfuhr von Vieh und Fleisch verboten oder doch derartig eingeschränkt wird, daß das Fleisch für den Gebrauch der minderbemittelten Bevölkerungsklassen heutigen Tages fast zur Unmöglichkeit geworden ist.

Auch jetzt kann die Reichsregierung das Vorhandensein einer Fleischnot natürlich nicht leugnen. Die Ursachen dafür sucht sie überall, nur nicht da, wo sie in Wirklichkeit liegen, in ihrer eigenen verkehrten Wirtschaftspolitik. Sie entschuldigt sich damit, daß die Fleischpreise auch im Auslande gestiegen seien. Das mag sein und soll auch nicht geleugnet werden. Ebenjowenig aber kann die Reichsregierung bestritten, daß trotzdem in keinem Lande das Fleisch so teuer ist wie in Deutschland. Selbst in den engbesiedelten Industriebezirken der Schweiz ist das Pfund Rindfleisch gegenwärtig etwa 30 Pf. billiger als die gleichwertige Ware jenseits der Grenze. Und das ist auch kein Wunder. In Deutschland wirken zunächst die Viebzölle preissteigernd, die weder die Ausubrländer wie England, Oesterreich-Ungarn, Argentinien, Nordamerika, noch die Freihandelsländer zu zahlen haben. Die letzteren haben freie Einfuhr, die ersten importieren nicht, während in Deutschland für den Doppelzentner Lebendgewicht 8 Mk. bei Rindvieh und bei Schafen, 9 Mk. bei Schweinen, ferner für den Doppelzentner Fleisch 27 Mk., Schmalz 10 Mk. und Speck 36 Mk. zu entrichten sind. Diese Beträge müssen die deutschen Verbraucher noch über die Preise der genannten und vieler anderer Länder hinaus bezahlen. An der deutsch-dänischen Grenze zeigt sich dies mit besonderer Deutlichkeit. Aber selbst gegenüber Frankreich, das gleichfalls ein Schutzzollland ist, aber Vieh und Fleisch nicht einzuführen braucht, sind die deutschen Preise so hoch, daß mit Vorteil französisches Vieh eingeführt werden konnte, als Baden es für kurze Zeit erlaubt hatte. Oefen, die in Frankreich aufgekauft waren, die noch durch die Transportkosten und durch den deutschen Zoll verteuert waren, konnten

in Mannheim und Heidelberg noch mit Gewinn verkauft werden. Leider ist es den Agrariern gelungen, ein Verbot der Einfuhr von französischem Vieh in Baden zu erzielen.

Außer den Viehzöllen wirkt die Sperrung der Grenzen gegen ausländische Schlachtvieh preissteigernd. Niemand verlangt, daß die im Interesse des Volkswohls notwendigen sanitären Schutzmaßnahmen beseitigt werden. Darum handelt es sich aber bei den heutigen Grenzsperrungen gar nicht. Wie diese durchgeführt werden, bedeuten sie nur Sperrmaßnahmen zu dem Zwecke, den Inlandsmarkt nicht allzulebhaft mit Vieh besetzen zu lassen, damit die Großgrundbesitzer für ihr Vieh möglichst hohe Preise fordern können. Dabei kommen diesen die hohen Getreidepreise zufluten. Wie diese wirken, das zeigt mit aller Deutlichkeit eine Zuschrift, die der frühere freireichliche Abgeordnete Dr. A. K. selbst ein praktischer Landwirt, an die „Königsb. Gart. Ztg.“ gerichtet hat, und in der er sagt:

Der Hauptgrund für die hohen Fleischpreise, D. Red. sind die hohen Getreidepreise. Die hohen Preise verleiten die heutigen Besitzer zu möglichst großem Getreideanbau und Getreideverkauf. Das geschieht auf Kosten der Viehzucht! Die alten Besitzer, wenigstens hier in Ostpreußen, veräußerten das erbaute Getreide zu einem großen Teil in der eigenen Wirtschaft, sie legten Gärten an für die Aufzucht. Die neuen Besitzer „verfluchen“ das Getreide, so viel wie irgend geht, der hohe momentane Erlös paßt ihnen ausgezeichnet zur Beirichtung der großen Ausgaben; der Getreideverkauf fällt ihnen sofort die Taschen mit Gold, die Viehzucht erst in zwei bis drei Jahren.

Wir Alten haben ja auch nicht ohne Grund unsere Viehbestände nebst und gepflegt und dauernd zu vergrößern gesucht. Wir sahen darin das zukünftige, dauernde Heil und Gedeihen unserer uns aus Herz gewachsenen Güter und Viehschatz der ganzen ostpreussischen Landwirtschaft. Wenn das aber so wie jetzt weiter geht mit der Viehzucht, können wir nur traurigen Herzens sehen, daß unser armes liebes Ostpreußen zurückfällt in die übertriebene Getreideverkauferwirtschaft auf Kosten der Viehzuchtfolge der Viehhaltung.

Soll geholfen werden, so müssen sowohl Getreide, wie Viehzölle herabgesetzt werden. Der Herr (nicht einmal „Der Herr“) ist verückt. — Wo ich die Getreidebesitzerantagonisten beim Leben sagen, — wie müßten dann ja alle pleite gehen! Antwort: Alle nicht, höchstens die, die mit ungenügenden Mitteln große Objekte zu teuer gekauft haben, und denen überhaupt nicht zu helfen ist. Deutschland befindet sich in schwerer Notlage, aus der können nur ernste Mittel herausgeholfen werden. Wie der Arzt manchmal mit schmerzhaftem kräftigem Schnitt den Kranken rettet, so muß auch in der Volkswirtschaft das Radikalmittel angewendet werden. Es tut weh, aber es hilft! Es heißt: allmähliche Verabminderung der Zolltarife!

In der Tat erblicken wir in der Derabminderung der Zölle, d. h. in der Umkehr von der bisherigen Wirtschaftspolitik, das wirksamste Mittel zur Beirichtung der alljährlich wiederkehrenden Zeunerungsverhältnisse. Vor allen Dingen aber kommt es jetzt darauf an, daß die Einfuhrzölle auf Vieh und Fleisch mindestens vorübergehend aufgehoben werden. Das Viehweiden und das Fleischbeizunges müssen unter Wahrung der Interessen der öffentlichen Gesundheitspflege und der deutschen Viehzucht so abgeändert werden, daß in größerem Umfange als bisher Vieh und Fleisch aus dem Auslande eingeführt werden kann. Namentlich darf der Einfuhr des wohlfeilen Getreideleibes keine Schwierigkeit mehr entgegengelegt werden. Mag es nicht so nahestatt sein wie irrisches Fleisch, immerhin ist es ein geuntes und preiswertes Nahrungsmittel, das keinerlei Zeu-

chengefahr oder Nachteile für die menschliche Gesundheit birgt. Es wird von den englischen Arbeitern gern gegessen; ein großer Teil der englischen Bevölkerung lebt nur davon. Dann aber muß auf eine Revision der Futtermittelsölle hingewirkt werden; die Tarife für Vieh und Fleisch müssen ermäßigt, und die Fleischvervielfachung der Großstädte und Industriezentren durch ausreichende Stellung von Kühlwagen erleichtert werden. Daneben gibt es sicherlich noch eine Reihe von andern Maßnahmen. Einzelfragen aber wäre es notwendig, daß wenigstens die obengenannten Forderungen erfüllt werden.

Die Not des Volkes schreit zum Himmel. Denn ein Keil treibt den andern, und mit den Lebensmitteln steigen auch andere Bedarfsgegenstände im Preise. Wohin soll das führen, da die Reichsregierung taub zu sein scheint? Der Deutscher, den sie bei den letzten Reichstagswahlen erhalten hat, scheint noch nicht gewirkt zu haben. Wenn der Reichstag zusammentritt, muß er ein deutliches Wort mit ihr reden. Die Arbeiter aber erkennen an der Haltung der Regierung, daß sie ihre Verantwortung nicht allein auf die Staatshilfe setzen dürfen, sondern daß sie sich mehr noch als bisher auf die Selbsthilfe stützen müssen. Sie müssen sich den Konsumvereinen anschließen, um dadurch möglichst niedrige Preise zu erzielen. Dann aber müssen sie auf den Ausbau der Organisation bedacht sein, da sie durch sie allein in die Lage versetzt werden, wenigstens einigermaßen die Verteuerung der Lebensmittel wieder wett zu machen. Daneben dürfen sie nicht versäumen, im politischen Leben sich zu betätigen und diejenigen Parteien zu unterstützen, die der bisherigen Steuerpolitik entgegengesetzten Widerstand entgegenbringen. Sine in die Organisation! Das ist also die Mahnung, welche die Not den Arbeitern in die Ohren ruft.

Die Bedeutung der Konsumvereine und ihre Besteuerung.

Der Ruf der Kleinhandlender nach stärkerer Besteuerung der Konsumvereine erklingt nun schon seit Jahr und Tag. Diese stärkere Besteuerung soll dem Wachsen jener „staatsgefährlichen“ Organisation einen Kiegel vorchieben, wobei die Kleinhandlender sich den Gehör erlauben, die Dinge so darzustellen, als ob die Konsumvereine sich bei der Besteuerung großer Bevorzugung durch die Behörden erfreuten. Deshalb der Ruf: die Konsumvereine sollen „ebenso“ behandelt werden wie die privaten Gewerbetreibenden. Wenn dann die Frage der stärkeren Besteuerung der Konsumvereine erörtert wird, kann es nicht ausbleiben, daß die volkswirtschaftliche Bedeutung der Genossenschaften objektiver untersucht wird, als es die Kleinhandlender für notwendig erachten. Die Hamburger Konsumvereinsbesteuerung hat nun Walter Krüger Veranlassung gegeben, der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Konsumvereine eine Würdigung in den „Annalen des Deutschen Reiches“ zuteil werden zu lassen. Unter dem Titel „Konsumvereinsbewegung und Volkswirtschaft“ schreibt der Verfasser:

„Die Konsumvereine wollen durch Verbindung der kleinsten Kräfte ein gemeinsames Handeln durch die Organe des Vereins herbeiführen, durch Uebernahme geschäftlicher Grundzüge die Warenausgabe. Das System der Konsumvereine schaltet den entscheidenden, verteuerten Zwischenhandel für den Kreis ihrer Mitglieder unmittelbar aus, mittelbar hilft es, die wirtschaftliche Güterverteilung für weitere Bevölkerungsschichten praktisch zu regeln. Ihr Leben ist begründet in ihrer verhältnismäßig einfachen Organisation: Aufbringung des Betriebskapitals durch kleine und kleinste Einzahlungen, durch Rücklagen, durch Aufnahme fremder Gelder, Gastung der Einzelmitglieder, wenn als Wirtschaftsförm die Genossenschaft gewählt ist, im übrigen freier Zugang und Abgang der Mitglieder, selbstverständlich unter Ausschreibung entsprechender Kündigungsfristen; endlich die Paragrafierung.“

Der Verfasser ist kein unbedingter Bewunderer der Konsumvereine, wohl aber erkennt er zugehörige Dinge an, die der Konsumvereinsbewegung ungeheure Bedeutung geben: der Konsumverein schaltet den entbehrlichen Zwischenhandel aus, arbeitet also rationaler, und die Bewegung ist von einer erstaunlichen Lebenskraft. Er trägt dann weiter, woraus diese Lebenskraft entspringt und sieht deren Träger im

„Verlaufe gegen bar, in der Flüssigerhaltung der Betriebsmittel, in der Genöthigung der Mitglieder, ihre Ausgaben mit ihren Einnahmen sowie ihre Bedürfnisse gegeneinander richtig abzustimmen. Die Mitgliedschaft ermöglicht die Aufgabe der Abhängigkeit von dem Zwischenhändler, der durch bereitwillig gewährten Kredit den Kunden an sich zu fesseln sucht. Der verschuldete Kunde aber muß notwendigerweise mit dem Eigenen seiner Verschuldung anspruchlos werden und

gerät dadurch in die Abhängigkeit von dem Händler, die an Ueberborteilung grenzen kann.“

Krüger sieht die sittliche Bedeutung der Konsumvereine in der Erwerbung des Sinnes und der Fähigkeit der Ersparnis in dem einzelnen Mitglied, in der Schulung, in der Verwaltung wirtschaftlicher Unternehmungen, die das Prinzip der Selbstverwaltung stützt. Wie man sieht, erkennt hier jemand die von der Konsumvereinsbewegung geschaffenen Vorteile im Verlauf einer sachlichen wissenschaftlichen Untersuchung rückhaltlos an, der keine Neigung verdirbt, etwa Propaganda für die Konsumvereine zu treiben.

In interessanter Weise setzt sich Krüger dann mit den Mittelstandsargumenten auseinander, mit denen bewiesen werden soll, daß die Konsumvereine den Kleinhandel schwer schädigen. Er schließt sich der Auffassung an, daß niemand beitrete, daß Händlerinteressen durch Konsumvereine sehr wohl geschädigt werden können:

„Aber viel mehr als diese durch die Konsumvereine hervorgerufene Schädigung fällt die horrende Schädigung ins Gewicht, die die fortgesetzte und in das Ungemeinere gehende Konkurrenz der Händler unter sich, die die bodenlos leidenschaftliche Eröffnung immer neuer Geschäfte mit sich bringt, Geschäfte, die den Todeskeim schon bei der Eröffnung in sich tragen. Fehlt es manchmal Händler schon an der nötigen Baarkenntnis, so fehlt es noch viel mehr an dem entsprechenden Betriebskapital. Die zahllosen, durch kein Bedürfnis gerechtfertigten Geschäftseröffnungen schmälern überseits dem einzelnen Händler Umsatz und damit Einkommen; diese Konkurrenz kann eben nicht durch Verbilligung der Preise oder durch Verbesserung der Qualität der Waren wirken, sondern nur durch Vermerkung des Umsatzes.“

Zum Schluß führt er dem gewerblichen Mittelstande, der sich als Mittelstand schlechthin aufspielt, die Wahrheit zu Gemüte, daß unsere Kleinhandlender bestenfalls nur einen kleinen Teil des gewerblichen Mittelstandes repräsentieren. Die Entwicklung der modernen Industrie schuf eine umfangreiche Mittelstandsschicht, den neuen Mittelstand. Dieser neue Mittelstand bedarf genau so sehr der Festigung seiner wirtschaftlichen Lage durch Organisierung des Konsums wie etwa die breiten Schichten der Lohnarbeiterschaft. Krüger meint:

„Gegen den Geist der Zeit aber sündigt der, der Konsumvereine bekämpft, die gerade in weitem Umfang eine bessere Lebenshaltung durch Ersparnisse an hauswirtschaftlichen Ausgaben ermöglicht.“

Die Wahrung der richtig verstandenen Mittelstandsinteressen würde also nicht darauf hinauskommen, diesen Mittelstandsschichten die genossenschaftliche Beschaffung ihrer Lebensmittel zu erschweren, sondern nach Möglichkeit zu erleichtern. Fallen so alle die wirtschaftssozialistischen Traumen gegen die Konsumvereine zusammen, so erheben die rein steuerpolitischen ebenfalls keinen Grund, hier besondere Maßnahmen gegen die Konsumvereine zu ergreifen.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 6. September 1912.

Zur Reform des Arbeitsrechts. Vor kurzem teilten wir mit, daß der Landesauschuß der Fortschrittlichen Volkspartei im Königreich Sachsen an den Parteitag in Mannheim einen Antrag gestellt hat, den Antrag Ablaß, Fleisch und Gen. in das Parteiprogramm aufzunehmen. Dieser Antrag Dr. Ablaß, Dr. Fleisch u. Gen. richtet an den Parteitag das Erjuden zu beschließen:

„Bei den allgemeinen Darlegungen des Programms einen Satz einzuschließen, der ungefähr den folgenden Inhalt hat: „Die Partei verlangt die Durchführung der von der Befassung als selbstverständlich vorausgesetzten Rechtsgleichheit. Diese Rechtsgleichheit wird zur Zeit beeinträchtigt nicht nur durch die Gesetze, welche, wie die Dreiklassenwahl in Staat und Gemeinde, die Vermögensgrenzen direkt begünstigen, sondern besonders dadurch, daß diejenige Einrichtung, durch die allein die Unternehmenden sich den Lebensunterhalt erwerben können, der Arbeitsvertrag, vom Recht unvollkommen geordnet ist. Weil zurzeit ganz ungenügende Vorschriften bestehen, um das Arbeitsverhältnis zu erstrecken über die Zeit der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit; um den besonderen Bedürfnissen der Familienverhältnisse zu genügen, deren Arbeitseinkommen kein größeres als das der Reibigen sein kann; um die Unabhängigkeit der Gehilfen außerhalb des Arbeitsvertrages zu sichern, — ist der Arbeitsvertrag tatsächlich ein Gewaltverhältnis geworden, das den Produktionsleiter zum Herrscher des Produktionsgeschäftes macht. Die Konventionen und viele Großunternehmer wollen diesen Zustand aufrecht erhalten; die Sozialdemokratie will durch Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln abhelfen, ohne sich irgendwie darüber auszu-

sprechen, wie diese Beseitigung erreicht werden kann und wie dadurch der Herrscher der Produktionsleiter über die Produktionsgeschäfte abgeholfen würde (vgl. die Klagen der Staatsarbeiter und Gemeindefabrikarbeiter). Wir unsererseits wollen den Ausgleich durch Ausfüllung der Lücken des Arbeitsrechts schaffen durch Gesetze und staatlich getragene Einrichtungen, die den besonderen Bedürfnissen der Schwachen, der Unermögenden entgegenkommen, ohne der Entwicklung des Handels und der Industrie, ohne der Ausdehnung unseres Warenmarktes im Weltverkehr zu schaden. Wir wollen nicht den Kampf der Arbeiter gegen die Arbeitgeber organisieren, sondern eine Rechtsordnung zum Schutze der Abhängigen schaffen, die dem Wohl des Ganzen zuträglich ist.“

Inhaltlich decken sich diese Forderungen vollständig mit den Leitfäden, die Dr. Fleisch auf unsern letzten Verbandstag vertreten hat und die auch wir uns zu eigen gemacht haben. Deshalb würden wir es mit Freuden begreifen, wenn der Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei diese Forderungen in sein Programm aufnehmen. Unangenehm sind die Ansichten nicht, daß das Referat über die Arbeiterfrage der früheren Reichstagsabordnete D. Naumann übernommen hat, der sicherlich alles aufnimmt wird, daß der Parteitag sich auf den Boden der Forderungen von Dr. Fleisch stellt.

Von einer neuen Bergpolizeiordnung, die am Oberbergamt in Dortmund zurzeit ausgearbeitet wird, wissen verschiedene Blätter zu berichten. Zur Durchführung sollen die geplanten neuen Vorschriften sein auf die Explosionen auf den großen Osterfeld, Votbringen und Neumühl, die in allen Fällen durch Sprengschiffe veranlaßt wurden. Deshalb soll für die Zukunft die Benutzung von Dynamit noch weiter eingeschränkt und diese durch Sicherheitsprengstoffe ersetzt werden. Das ist in den meisten Fällen, namentlich bei Arbeiten in weidem Konchieser sowie auch in mildem Sandstein ohne wesentliche Beeinträchtigung der Leistung durchführbar. Bei solchen Arbeiten, in denen, bei denen, wie z. B. in festem Sandstein, Sicherheitsprengstoffe infolge ihrer geringeren Kraftwirkung wegen nicht anwendbar sind, soll das Sprengen mit Dynamit zwar gestattet werden, aber nur unter der Bedingung, daß das Laden, Befahren und Wegtun der Sprengstoffe durch von der Behörde anerkannte Beamte, Steiger oder Jahrbauer erfolgt. Gleichzeitig soll die Benutzung der sogenannten Zeitgünder entweder vollständig verboten oder doch wesentlich eingeschränkt werden. Diese Günder sind derart eingerichtet, daß sich beim Anstehen mehrerer Sprengschiffe die Reihenfolge, in der sie abtrennen sollen, im voraus bestimmen läßt, so daß also die Schiffe nicht gleichzeitig, sondern in der vorgelassenen Reihenfolge zur Explosion gelangen. Gerade diese einander folgenden Sprengschiffe sind aber außerordentlich gefährdend. Wird nämlich dabei durch einen der ersten Schiffe Schlagwetter ausgelöst oder seiner Kohlenstaub gebildet oder aufgewirbelt, so können diese durch einen der unmittelbaren nachfolgenden Schiffe leicht entzündet und zur Explosion gebracht werden. Der Wegfall aller Zeitgünder würde somit eine sehr wesentliche Gefahrenquelle fortbeseitigen, ohne eine wirkliche Beeinträchtigung oder Verteuerung des Betriebes im Gefolge zu haben. Die Benutzung von Zeitgündern macht die Resultate der Sprengarbeiten nicht selten unsicher, während sie die Gefahr von Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen in allen Fällen wesentlich erhöht.

Um eine Anammlung von Schlagwetter in Aufzügen unmöglich zu machen, sollen diese in Zukunft stets vorbebohrt werden, das heißt, es sollen vor Beginn der eigentlichen Aufbrucharbeiten deren Anfangs- und Endpunkt durch ein Bohrlöcher verbunden werden, das etwa vor dem Arbeitsstoß auftretende Schlagwetter nach oben hin abführt. Ebenso soll dies die durchbohrten Flöze entgasen, um deren Durchörterung minder gefährdend zu gestalten. Auch den Querschlagsbetrieben sollen künftig Bohrlöcher vorangehen, um über die zu erwartenden Gesteinschichten mindestens stets so weit Auskunft zu erhalten, als die Wirkung der nächsten Sprengschiffe reicht. Dadurch soll ein unermutetes Lösen von Flözen oder von mit Schlagwetter gefüllten Gebirgshalten und die dadurch bedingten Gefahren vermindert werden.

Die „teuren“ Gelben. Daß die Gelben von den Unternehmern ausgehalten werden, ist eine längst bekannte Tatsache. Die Gelben bestreiten sie zwar, als wenn sie noch einen Funken von Schamgefühl sich bewahrt hätten, aber die Berichte der großen Betriebe, die sich den Luxus einer gelben Organisation leisten können, widerlegen immer und immer wieder jene Ablehnungsversuche. Neuerdings macht die „Augsburger Postztg.“ interessante Mitteilungen darüber aus der Jahres-

abrechnung der badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen. Darin heißt es nämlich, daß an Beiträgen für 3891 Mitglieder des gelben Vereins die Fabrik 87.444 M. zahlte, die ordentlichen Mitglieder ganze 3875 M., die außerordentlichen Mitglieder dagegen, worunter man jedenfalls Direktoren, Betriebsleiter und sonstige Beamte zu verstehen hat, 5108 M. Auf die ordentlichen Mitglieder kommt also noch nicht einmal ein Jahresbeitrag von 1 M. Die Firma selbst dagegen hat über 87.000 M. gezahlt. Dar- aus kann man am allerbesten ersehen, daß die selben Organisationen tatsächlich vom Unternehmer- leben und daß sie einzig und allein Unter- nehmerinteressen vertreten. Sonst würden ihnen nicht so riesige Summen zur Verfügung gestellt werden.

Arbeiterbewegung. Zum Streik in den Buch- und Maschinenfabriken in Berlin ist zu bemerken, daß in einem Betriebe, in dem schon bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geherrscht haben, die Arbeit wieder aufgenommen worden ist. Dagegen haben es die Streikenden abgelehnt, bei einigen andern Firmen, in denen nur ungenügende Zugeständnisse gemacht wurden, die Arbeit wieder aufzunehmen. — In Breslau haben die Bau- tischler die Arbeit eingestellt, weil die Unter- nehmer es ablehnten, einen Tarif abzuschließen, der eine kleine Aufbesserung der Löhne und eine Ver- längerung der Arbeitszeit festlegte. — In mehreren Papierfabriken in Wickersleben haben die Arbeiter um Tarifverhandlungen er- sucht, worauf seitens der Unternehmer mit Maßregeln geantwortet worden ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es zum offenen Kampfe kommt. — Der Kampf in der Textilindustrie Württembergs nimmt seinen Fortgang, da alle Einigungsversuche bisher gescheitert sind. Leider ist es zu einem Zusammenstoß zwischen Streikenden und Zugelassenen gekommen, wobei einem Arbeiter schwere Verletzungen beige- bracht wurden. — Die in der chirurgischen Branche in Berlin beschäftigten Arbeiter sind in den Streik getreten, weil die Unternehmer ihre Forderungen auf Einführung der stündigen Arbeitszeit, Regelung und Erhöhung der Löhne und Garantierung des Stundenlohns im Afford abgelehnt haben. — Die Gießereiarbeiter der zur Bismarckhöhe gehörigen Falzhütte bei Kö- nigshütte (O.-Sahl.) haben wegen Ablehnung einer 10proz. Lohnerhöhung die Arbeit eingestellt.

Ihrer Abneigung gegen Tarifverträge in der Industrie gibt die „Arbeitgeber-Ztg.“ in ihrer letzten Nummer wieder Ausdruck. Veranlaßt worden ist sie dazu durch einige Zuschriften aus ihrem Leserkreise, die eine präzise Stellungnahme bisher vermisst haben. Das Scharfmerkelblatt ist der Meinung, daß für das Handwerk zwar das Tarifwesen unter Umständen zweckmäßig ist, auf industriellem Gebiete aber seien die Dinge weitent- lich anders gelagert. Die Industrie müsse aus Rücksichten der Selbsterhaltung gerade die ent- gegengesetzte Taktik verfolgen. „Sie muß für die Sicherung des Arbeitsfriedens ausschließlich durch das Festhalten an individuellen Arbeitsvertrag und durch nachhaltige Kräftigung der Unter- nehmerautorität zu sorgen suchen.“

Dieser Standpunkt hat die „Arbeitgeber-Ztg.“ bisher stets vertreten, und es ist ja Tatsache, daß in der Großindustrie auch und danach gehandelt worden ist. Trotzdem sind wir der festen Überzeugung, daß über kurz oder lang die Entwicklung der wirtschaft- lichen Verhältnisse auch in der Großindustrie eine Aenderung bezüglich der Beurteilung des Tarifver- tragswesens hervorrufen wird.

Unternehmerterrorismus. Bei der Berliner Firma Firdow Nachf., die Schalluhren für Licht- reklame fabriziert, ist es zum Streik gekommen, weil die Arbeiter der Meinung sind, daß vertrie- denhaft Maßregelungen wegen der Organisations- zugehörigkeit vorgenommen worden sind. Einer der Streikenden, ein Ausländer, hat nun von der Firma folgendes Schreiben erhalten:

„Wenn Sie sich nach Empfang dieses nicht sofort im Betriebe einfinden, werden Sie als Ausländer die Konsequenzen zu tragen haben.“

Sozialistischer Vorschlag. (Name der Firma). Das heißt mit andern Worten: Die Firma will den Ausländer der Polizei als „lästig“ denun- zieren. Sie hofft ihn auf diese Weise firre zu kriegen und zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen. Das ist eine so schändliche Kampf- weise, daß das Verhalten der Firma niedriger ge- hängt zu werden verdient.

Zweierlei Maß. In der „Frankfurter Ztg.“ lesen wir von dem Ausgang eines Prozesses, der

fünf Jahre gedauert hat, und den ein Arzt Dr. J. gegen die Stadtkasse von Viehich geführt hat. Der Arzt ist vor etwa 5 Jahren bei einem Sturztritt verunglückt, wobei er sich einen Bruch der Daumen- zehe des linken Fußes zuzog. Dafür machte er die Stadt verantwortlich. Das Reichsgericht hat auch die Stadt für schuldig erklärt und sie verurteilt, dem Kläger den Betrag von 50.000 M. aus- zuzahlen. Neben dieser Summe aber wurde ihm noch eine jährliche Rente von 6860 M. bis zum Jahre 1917 und von dieser Zeit ab eine lebens- längliche jährliche Rente von 3000 M. zuge- sprochen. Bei der Bemessung dieser Beträge nahm das Gericht als erwiesen an, daß der Unfall blei- bende nachteilige Folgen für ihn durch Ver- minderung seiner Erwerbsmöglich- keit habe.

Wir können dem Herrn Doktor seinen Erfolg, wenn uns auch die Renten reichlich hoch bemessen erscheinen. Denn unwillkürlich mühten wir Ver- gleiche anstellen mit der Entschädigung, die einem Arbeiter gewährt wird, wenn er im Betriebe durch einen Unfall die linke Daumenzehle verliert. 10 Proz. der Vollrente wird da in der Regel als ausreichend angesehen, und oft genug wird auch diese Rente noch entzogen, wenn die berüchtigte „Gewöhnung“ eingetreten ist. Ist nicht es noch nicht so viel Fehlgänge, die dem Arbeiter zuge- sprochen werden, wie der Arzt Markt erhält. Wel- ches Maß von Erbitterung muß in der Arbeiterschaft durch die Gegenüberstellung solcher Fälle wach- gerufen werden!

Schon wieder müssen wir Mitteilung machen von einem Trauerfall, der die Deut- schen Gewerksvereine betroffen hat. Am 2. September verstarb in Gera im 83. Le- bensjahre an Altersschwäche der Kollege

Franz Schreiber.

Mit ihm ist ein Mann dahingegangen, der fast ein Menschenalter hindurch in treuer Hingabe für den Gewerksverein der Maler, Lackierer, Antreiber und graphischen Berufe gearbeitet hat. Als Schreiber im Februar 1875 unserer Organisation beitrug, wurde er bald darauf in den Vorstandstanz bezw. Generalrat berufen und schon in der Generalver- sammlung im August 1877 zum Hauptvor- sitzenden seines Gewerksvereins und der neu errichteten eingetragenen Hilfskassa gewählt. Treu und gewissenhaft hat er diesen Posten etwa 30 Jahre lang bekleidet bis zum Tage der Verlegung des Sitzes des Gewerksvereins nach Berlin am 1. April 1907. Aber auch nach dieser Zeit hat der Verstorbenen stets das größte Interesse für die Entwicklung unserer Sache, und er so innig verwohnen war, an den Tag gelegt. Im persönlichen Verkehr gewann er durch seine Freundlichkeit und Liebenswürdigkeit jeden zum Freunde. So konnte er in jeder Beziehung als leuchtendes Vorbild gelten, und deswegen wird ihm auch über das Grab hinaus sein Gewerksverein und der Verband der Deutschen Gewerksvereine ein ehrendes Andenken bewahren.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. Auch während der Wesperrpause eingetretene Verletzungen können bisweilen als Betriebsunfall angesehen werden, wie folgender von der „Arbeiterver- jorgung“ mitgeteilter Fall zeigt: Während der Ar- beitspause, als sich die Lehrlinge einer Werkzeug- maschinenfabrik im Speiseaal aufhielten, nahm ein Lehrling ein Weißbierglas, um es auf den Tisch zu legen. Das Glas zerbrach; ein Stück desselben drang einem andern Lehrling in das rechte Auge und hatte den Verlust der Sehkraft zur Folge. Der Vater des Verletzten erhob bei der Nordöstlichen Eisen- und Stahlversorgungsanstalt Anspruch auf Entschädigung, der aber abgelehnt wurde. Die Ver- suchsgenossenschaft machte geltend, es liege kein Be- triebsunfall vor, sondern es handle sich in diesem Falle lediglich um eine Gefahr des täglichen Lebens, der auch jeder andere im Betriebe Beschäftigte aus- gesetzt sei. Beim Schiedsgericht für Arbeiterver- sicherung wurde Berufung eingelegt und geltend gemacht, daß der Speiseaal zu den Einrichtungen des Betriebes gehöre, denn in § 9 der Arbeitsor- dnung wird bestimmt: „Jugendliche Arbeiter haben sich während der Frühstücks- und Wesperrpausen außerhalb der Fabrikräume und nur im Speiseaal aufzuhalten.“ Damit sei für diese Personen ein Zwang zur Benutzung des Speiseaals geschaffen. Trotzdem wies das Schiedsgericht die Berufung zu- rück, weil das Reichsversicherungsamt in ständiger

Rechtspflege anerkannt habe, daß diejenigen Ver- richtungen, welche Arbeiter zum Zwecke der Befrie- digung ihrer leiblichen Bedürfnisse von Speise und Trank vornehmen, im allgemeinen nicht dem Be- triebe zugehörig anzusehen sind.

Der Vater des Verletzten gab sich aber mit die- sem Urteil nicht zufrieden, sondern legte Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein, der auch von Er- folg gekrönt war. In der Begründung wurde aus- geführt, daß das Schiedsgericht nicht hinreichendes Gewicht auf den erwähnten § 9 der Arbeitsordnung gelegt habe. Danach bestand für den Kläger als jugendlichen Arbeiter ein Zwang, sich während der Wesperrpause im Speiseaal aufzuhalten. Der Speiseaal ist durch diese Bestimmung zu einer Be- triebs Einrichtung geworden, wobei dahingestellt bleiben kann, ob diese Maßnahmen in erster Linie im Interesse der Lehrlinge oder in dem des Be- triebes getroffen worden ist. Der Kläger hat in dem Speiseaal auch nicht eine eigenwirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt, denn er nahm nicht selbst eine Erfrischung zu sich, sondern stand in dem Saal nur zufällig in der Nähe des Tisches, auf dem ein anderer Lehrling ein Weißbierglas in der Weise hinsetzte, daß durch eine an dem Tische befindliche Schraube ein Stück des Glases abgeplittert wurde. Der Kläger hat mithin den Unfall erlitten, als er sich auf der Betriebsstätte befand; sein Aufenthalt in dem Speiseaal gehörte zu den nach der Arbeits- ordnung ihm obliegenden Verrichtungen, und er ist daher gegen Unfälle, die ihn hierbei betreffen, in gleicher Weise versichert wie bei der eigentlichen Be- triebs Tätigkeit. In diesen Umständen hat der erken- nende Senat eine hinreichende ursächliche Verbin- dung des Betriebes mit dem Unfall erblickt und dem Verletzten die Rente zugesprochen.

Die Rückforderung von Streifunterstützung ist durch Gerichtsurteil als zulässig erklärt worden. Der „Germania“ wird nämlich geschrieben, daß im Sommer 1911 auf der Grube Alexandria im Weiterwald ein Streik ausbrach, der 17 Wochen dauerte. Im Anfange der Bewegung ließ sich eine ganze Reihe von Bergarbeitern in den örtlichen Gewerksverein aufnehmen. Als aber der Streik be- endigt war, traten diese Arbeiter, nachdem sie ihre Streifunterstützung bezogen hatten, wieder aus dem Gewerksverein aus. Gegen einen dieser Kassen- marder wurde Klage erhoben auf Rückzahlung der Streifunterstützung, weil sich die Unterstü- tungsempfänger verpflichtet hatten, wenn sie Lohn- arbeiter bleiben, wenigstens auch 3 Jahre Mit- glied des Gewerksvereins zu sein. Trotz der Be- mühungen eines Grubendirektors, der den Ange- klagten vertrat und ausführte, daß das Zurückfor- dern von derartigen Geldern gegen die guten Sit- ten verstoße, entschied das Amtsgericht Marienburg im Weiterwald, daß der Angeklagte die Summe von 232,50 M. zurückzahlen und die Kosten des Rechtsstreites zu tragen habe. Die „Germania“ weist außerdem darauf hin, daß ein ähnliches Ur- teil aus Forstheim vorliege, wo der hiesige Me- tallarbeiterverband durch seinen Kassierer er- schließliche Streifunterstützungen einlagern ließ.

Gewerksvereins-Teil.

A Heilberg. Am 1. September fand hier eine Konferenz für die Ortsvereine Unterhanses statt, die sich eines vorzüglichen Besuchs erfreute. An der Sa- gung nahm auch der Verbandsvorsitzende, Kollege Goldschmidt-Berlin, teil. Nach Verlesung des Protokolls der am 18. August in Forstheim abgehalte- nen Konferenz erstattete Kollege Gerbeder-Rann- heim den Geschäfts- und Kassenbericht von 1911. Da- nach umfaßt die badische Zentrale 80 Ortsvereine mit über 4500 Mitgliedern. Die Errichtung der Zentrale war ein glücklicher Gedanke. Durch sie werden die einzelnen Ortsvereine, die nur in loser Beziehung standen, zu einer straffen Organisation vereinigt. De- durch wächst naturgemäß der Einfluß auf das öffent- liche Leben und die Energie im wirtschaftlichen Kampfe. Mit staatlichen und städtischen Behörden ist Fühlung genommen und ihnen das geforderte Material übermitteln worden. Es ist nicht nur eine Ehrenpflicht, sondern eine dringende Aufgabe der Or- ganisation, dieses Material zu liefern. Deshalb müssen die Mitglieder ermahnt werden, durch gewissen- hafte Erledigung der Fragebogen, Zirkulare usw. die Zentrale zu unterstützen. Auch äußerlich kann die Zentrale auf gute Erfolge zurückblicken. Während die Karlsruher Konferenz im vorigen Jahre nur mäßig besucht war, zeigte die heutige Versammlung ein sehr erfreuliches Bild. Das ermuntert zu ener- gischer Agitation. Die Bauern und Säbiger müssen gewacht, die Bestimmten müssen zu freudiger Arbeit im Dienste der Organisation ermuntert werden. Kleinigkeiten müssen zurückgestellt werden, Kleinlich- keiten verschwinden. Man darf da nicht differenzieren in Berufsgruppen und Berufsinteressen, wo es sich um die Vertretung der allgemeinen Arbeiterinteressen handelt. Der Redner ging dann auf die soziale Gesetzgebung ein und bezeichnete das Jahr 1911 als Markstein in dieser Gesetzgebung. Er anerkannte die Vorteile, welche durch die Reichsver-

versicherungsbildung, das Angelegenheitenversicherungsgesetz, das Heimarbeitergesetz, die Novelle zur Gewerbeordnung, die Wöchnerinnenfürsorge usw. für die Arbeiterschaft erlangen worden sind, unterrichtet aber auch die Arbeiterwünsche, die leider noch nicht erfüllt worden sind. Der Kassenbericht lautete dank der opferwilligen unentgeltlichen Arbeit der Zentrale recht günstig; er schließt mit einem namhaften Kassenvortrag ab. Die Diskussion über den Geschäftsjahr- und Kassenbericht brachte wiederholt eine erfreuliche Polemik in die Versammlung, ergab aber als Endergebnis völlige Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Berichterstatters, dem für die Kassenführung Entlastung erteilt und der Dank für seine fleißige und opferwillige Arbeit ausgesprochen wurde.

Sodann hielt der Verbandsvorsitzende, Kollege Goldschmidt, ein ausgezeichnetes Referat über die Forderungen der Arbeiter an Reich, Staat und Gemeinde und erntete dafür lebhaften Beifall. Durch eine Resolution wurde die Zustimmung der Versammlung deutlich zum Ausdruck gebracht. Zum Schluß der Tagung wurde nachstehende Resolution zur Fleischsteuerung einstimmig angenommen:

„Die Heibelberger Konferenz der unterbairischen Kirch- und Arbeitervereine erklärt in der ersprechenden Verteuerung aller Lebensmittel eine schwere Gefahr, durch welche die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung in bedenklicher Weise bedroht wird. Durch die unerhörte Steigerung, welche namentlich die Fleischpreise erfahren haben, wird eine rationelle Ernährung der Arbeiterfamilien unmöglich gemacht. Die Folge ist eine schwere Schädigung der Gesundheit und Arbeitskraft. Die Konferenz der unterbairischen Kirch- und Arbeitervereine erachtet es als eine ernste Pflicht der Reichsregierung, durch sofortige wirksame Maßnahmen die Not zu lindern und für eine dauernde Besserung zu sorgen. Die Konferenz richtet darum an die Großh. Regierung das dringende Ersuchen, in diesem Sinne bei der Reichsregierung alsbald vorstellig zu werden und in erster Linie für eine Ermgung der unerschwinglichen Fleischpreise zu sorgen durch Oeffnung der Grenzen für Schlachtvieh und Fleisch unter Wahrung der veterinärpolizeilichen Vorschriften.“

Bevor die Konferenz auseinanderging, richtete der Verbandsvorsitzende noch einige anfeuernde Worte an die Versammelten, die einen starken Eindruck machten.

Verbands-Zeit

Frauen-Begräbnis-Kasse des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (G. D.)

Luitung über eingesandte Beiträge.

- Monat Juli 1912. Bauhandwerker: Siegnitz 3,25, Merseburg 1,80, Mühlheim 3,12, Baienfurt 8,32, Posen 34,73, Elm 5,07, Einzelmitglieder 72 2,34, 1705 2,08, 2842 - 78. Bildhauer: Breslau 8,06, Landshut 7,80, Einzelmitglieder 301 1,17. Bergarbeiter: Rothhausen 3,20. Fabrik u. Handarbeiter: Berlin II 1,17, Berlin III 0,78, Grauburg 9,49, Langenborf 1,43, Benig 15,34, Stettin IV 5,98, Greifswald 1,63, Kiel-Gaarden 2,21, Einzelmitglieder 3693 0,72, Berlin VIII 0,25. Frauen u. Mädchen: Babeln 1,82, Halle 7,41, Grapshide Berufe u. Mler: Berlin I 13,58, Berlin III 4,75, Chemnitz 7,93, Demmin 0,96, Dresden 2,34, Eiberfeld 7,94, Gera 2,99, Königsfeld 7,41, Raumburg 5,72, Saarbrden 8,32 + 5,12, Stralund 20,67,

- Worms 3,12, Zeig 18,33, Zittau 4,36. Gemeindegewerksvereine: Berlin I 1,00, Königsfeld: Berlin III 4,57, Einzelmitglied 3007 1,86, 2836 2,34, 3003 3,12, 3700 1,86, Königsfeld: 094 3,12, Wrthensleben u. Metallarbeiter: Wrthensleben 5,40, Berlin V 13,84, Weisingen 3,64, Göppingen 11,70, Mallmg 5,07, Osmel 3,77, Rathenow 13,99, Worms 0,78, Einzelmitglied 2264 0,91, 3083 1,26, 3191 1,02, 2267 3,12, 3221 2,13. Porzellanarbeiter: Annaburg 2,08, Mithandensleben 26,99, Mithandensleben 22,49, Neuhandensleben 1,82, Rudolfsdorf 8,45, Seib 8,06, Sophienau-Charlottenbrunn 5,89, Tiefenfurt 3,12, Waldenburg 6,32, Wittenberg 1,95, Einzelmitglied: 472 1,17, 789 1,04, 990 2,34, 435+1984 1,09, 1939 1,00, 874 2,34, 512 1,56, 28+1874 1,95. Schneider: Breslau I 24,61, Breslau II 16,07, Danzig 7,23, Dresden 7,41, Gera 21,32, Erlangen 7,54, Grtlich 11,49, Greifswald 6,62, Jena 6,89, Königsberg 7,02, Neugng 3,86, Merseburg 11,57, Raumburg 4,29, Botsdam 15,57, Luedlburg 8,16, Rathenow 8,07, Schweidnitz 1,56, Worms 0,78, Einzelmitglied 1108 0,78, 1785 1,30, 2037 1,08, 590 2,-. Schuhmacher und Lederarbeiter: Bautzen 8,16, Berlin I 24,19, Berlin II 4,94, Einzelmitglied 2197 1,04, Bromberg 16,90, Burg 1,16, Danzig 4,25, Erfurt 6,37, Frankfurt a. O. 15,34, Frauendorf 7,80, Gnesen 5,54, Grauburg 12,48, Greifswald 4,08, Halle 6,33, Kandel 1846, Königsberg 5,46, Mainz 3,60, Mühlheim-Saara 4,03, Raumburg 2,21, Weig 1,95, Weidensheim 3,90, Wilmanns 60,06, Posen I 28,28, Posen III 6,50, Potsdam 10,27, Rixdorf 14,82, Rogwein 24,05, Stettin 2,99, Elm 7,53, Weifenfels 142,28, Worms 11,83, Zeig 3,12, Berlin N. 6,25, Lbenaue 1,-, Einzelmitglied 828+829 3,64, 998 2,34, 1319 1,17. Textilarbeiter: Bad Sulza 17,52, Berlin 8,19, Cottbus 6,76, Chemnitz 22,88, Duisburg 8,31, Eintracht 4,42, Forst 32,24, Gabeln 8,77, Grohau 10,27, Guben 3,64, Hof 3,77, Mnch-Glabbad 11,97, Penig 9,94, Sommerfeld 30,16, Tannhausen 11,70, Uetersen 6,01, Einzelmitglied 2475 2,85, 1341 1,56, 2188 4,16. Töpfer: Bitterfeld 35,75, Dohrenfurth 10,89, Belten 1,69, Einzelmitglieder: 874 1,30, 2850 1,04, 2329 1,17. Hnwerker und Tabakarbeiter: Hagen 5,98, Paderborn 9,08, Einzelmitglied 3352 0,78.

Summa 1422,69 Mark.

Berlin, 30. August 1912. R. Klein, Hauptkassierer. F. Neufeldt, Hauptkontrollierer.

Serfassungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerksvereine (G. D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine Greifswalderstr. 221/22. Mittwoch, 11. September, abends 8 1/2 Uhr Vortrag: Gäste sind willkommen. Gewerksvereins-Kassenrat (G. D.). Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr. Verhandlungsbau des Verbandshauses d. Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste will.

Orts- und Regionalverbände.

Kue und Kuegg. Sonntag, 8. September Ortsverbandshaus. Mittags 12 Uhr Kuegg von Braumanns Restaurant. Bernsbach nach dem König Albert-Turm. Um 4 Uhr Vortrag des Kollegen Bernsbach. Jahrestagliche Beteiligung auf der umliegenden Ortsvereine erwünscht. Bremen (Ortsverband). Jeden 1. Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr Vertreterversammlung in Verhpss Gesellschaftshaus, Kellnerstr.; jeden 1. und 8. Donnerstag im Monat Diskussionsklub ebenda, pünktlich 8 1/2 Uhr abends. Breslau (Ortsverband). Mittwoch, 11. September, abends 8 Uhr in den Union-Slen, Neufeldstr. 51. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Bezirks-

leiters Fr. Wolff: „Die Gewerksvereine und die liberale Arbeiterbewegung“. 3. Verhndlung. Cottbus (Diskussionsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanstein, Sandowstr. 42. Dessau. Gewerksvereins-Vereinsrat. Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr. Uebungsh. I. Vereinsrat. „Falan“, Marktstr. Dnigsdorf (Volkswirtschaftsschule). Jeden Montag, abends 9-11 Uhr. Sitzung I. Verbandsrat, Kurfürstenstr. 29. Eiberfeld-Barmen (Ortsverband). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Vertreterversammlung bei Knigsfelder. Eiberfeld. Kueggstr. und Erholungshausstr.-Gde. Frankfurt a. C. (Gewerksvereinslngerklub). Jeden Freitag von 8-10 Uhr. Uebungshaus im Vereinslokal, Marktstr. 16. Verbandsrat jeden Sonntag. Gesehensklub (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Ortsverband-Vertreterversammlung im Verhpsslokal von E. Simon, Alter Markt. Gera u. Kuegg. Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Diskussionsabend bei Bubenigk. Halle a. S. (Ortsverband). Der Diskussionsabend findet jeden letzten Sonntag im Monat im Kuegg-Restaurant, in der Großen Brauhausstr. statt. Hamburg (Ortsverband). Jeden Dienstag, abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Mehhof“, Baggerstr. 2. Diskussionsabend. Hamburg (Gewerksvereinslngerklub). Jeden Donnerstag Uebungsh. b. Thmer in Altona, Eimbttlerstr. 48-50. Hannover-Linden und Kueggend (Ortsverband). Monatsversammlung der Jugendabst. am Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats morg. 10 Uhr in Linden bei Herrn Steinmetz. Herte u. Weiff. (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat vorm. 11 Uhr Vertreterversammlung bei Bittme Weiff. Ruhe, Gorne, gegenüber der evang. Kirche. Kueggend. Diskussionsabend jeden 2. Mittwoch bei Gpke. Leipzig (Gewerksvereins-Vereinsrat). Die Uebungshausstunden finden jeden Mittwoch abends 9-11 Uhr im Vereinslokal, „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. Mühlheim u. Mler. Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags 10 1/2 Uhr. Vertreter. Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Mler, Sandstr. 38. Nowawes (Ortsverband). Sonnabend, 7. September, abends 8 1/2 Uhr im Germania-Saal, Whlheimstr. Vortrag des Gemeindevorstandes Herrn Schneider über: „Die Tätigkeit unserer Kommunalverwaltung“. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erforderlich. Tzettin (Sngerchor d. Gewerksvereine). Die Uebungshausstunden finden jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen herzlich willkommen. Spandau (Ortsverband). Sonnabend, 14. September, bei Krause, Schnwalderstr. 2. Elternabend, verbunden mit Vortrag: „Was will der Jugendbund der deutschen Gewerksvereine?“ Referent Kollege Jäger. Gründung einer Jugendabteilung und gemütliches Beisammensein. Tegel (Diskussionsklub für Tegel, Vorkriegs- u. Reichsdeutscher). Sitzung jeden Dienstag, abends 8-10 Uhr bei Thmer, Schillerstr. 28, Gde. Schnbergerstr. Thoren (Bder). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolai, Bauwerkstr. 62. Weifenfels a. C. (Verbandsabteilung der Gewerksvereine). Uebungshaus jeden Dienstag, abends 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal, „Schweigerhaus“, Schnbergerstr. Gesangsabend der Gewerksvereinskollegen stets willkommen. Weifenfels (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat Diskussionsklub in Hermanns Garten. Worms (Ortsverband). Jeden Dienstag, abends 9 Uhr, Singstunde im Verbandslokal, „Rheinthal“.

Veränderungen bezug. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis. Rnchen (Ortsverband). Johann Kiebler, Schriftführer, Rnchen C. 2, Kueggstr. 87 II.

Anzeigen-Zeit

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Soziale Kommission der Deutschen Gewerksvereine
Gross-Berlin
Sonntag, d. 22. September 1912, abds. 6 1/2 Uhr im Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine Berlin NO 55, Greifswalder Str. 221 (grosser Saal)
Unterhaltungsabend
bestehend in
deklamatorischen, musikalischen und Gesangs-Vorträgen.
Im Anschlusse hieran gemütliches Beisammensein und Tanz
Eintrittskarten zu 80 Pf. inkl. Tanz sind in allen Bureaus und bei den Ortsvereinskassierern zu haben

- Mim a. D. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten 1 Mark Unterstützung beim Ortsverbandskassierer Greiner, Pfauenstr. 17.
- Jena (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstützung bei Carl Mller, Greifswalderstr. 2, Gde. Oberlngengasse.
- Coran (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten 60 Pfg. Ortsgehalt beim Kol. Otto Schndler, Entenmarkt Nr. 24 II.
- Lüdenscheid (Ortsverband). Der Arbeitsnachweis sowie Ortsverbandsgeld befindet sich beim Sekretär Fritz Funke, Robertstr. 12.

- Bauschule Rastede (Oldbg.)**
Meister- und Polierkurse. Vollständige Ausbildung in 5 Monaten. Ausführliche Progr. frei.
- Biberach a. Nh (Ortsverb.). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten 1 Mk. Ortsgehalt, beim Ortsverbandskassierer S. Schneider, Saugauerstr. 24. Herberge zum toten Hsen, Marktplatz.
- Weifenfels a. C. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Untersttzungsarten auf dem Bureau der Schuhmacher und Lederarbeiter, Kollege Koch, Leipzigstr. 26.
- Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Kopierkarten im Werte von 1,20 Mk. beim Kollegen Emil Schmidt, Stettin, Bollwerk 22 im Laden. Die Verbandsherberge befindet sich Eilbathstr. 49 (Hrens Landwirtschaft).
- Wismar u. Kueggend (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. vom Ortsverbandskassierer D. Bennewitz, Kennbahnstr. 54.

- Hamburg-Altona. Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten für 2 Tage Unterstützung. Karten sind bei dem Ortsverbandskassierer K. Schula, Hamburg, Knigsstr. 36 III erhältlich.
- Apolda (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Sozialunterst. bei ihren Ortsvereinskassierern, deren Ortsverb. ein nicht vertreten, beim Ortsverb. Kassierer R. Stein, Jhrlingsgasse 4.
- Spandau (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen aller Berufe erhalten ein Ortsverbandsgeld von 75 Pfg. im Lokal von W. Schneiderath, Molke- und Bismarckstr.-Gde.
- Worms (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsgehalt von 75 Pfg. im Verbandslokal „Zum Rheinthal“ (Rheinstr. 4).
- Rippstadt (Ortsverband). In durchreisende Kollegen wird eine Unterstützung von 75 Pfg. gezahlt vom Kassierer B. Wiese, Rippstadt, Dierhgerstr. 82.
- Lexikon des Arbeitsrechts**
in Verbindung mit Felix Claus, Hermann Hogg, Hermann Suppe herausgegeben von Alexander Eiser. Verlag von Gustav Fischer in Jena.
Wer sich rasch über eine Frage des Arbeitsrechts unterrichten will findet in diesem praktischen Lexikon in knapper Darstellung jede gewünschte Information. Gründliche Bibliographien, Arbeitsrecht, Sozial- und Agitationsbeamte der Arbeiterbewegung sollten sich in den Besitz des Buches setzen. Gegen Einsendung des Preisbogens von 4,80 Mk. pro Exempl. in gut einwandfreier n. Nachtrag erfolgt frank. Zusendung. Das Buch ist an unsern Verbandskassierer R. u. b. Klein, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 221/22 zu senden. Die Bestellung ist auf den Postabschnitt zu schreiben.